



POSITIONSPAPIER

Zukunft und Finanzierung des Journalismus

Stand: 04.11.2014

I. Einleitung

Professioneller Journalismus und mediale Vielfalt sind Voraussetzungen für pluralistische Meinungsbildung und politische Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft. Dazu bedarf es größtmöglicher Unabhängigkeit des journalistischen Berufs.

In der digitalen Gesellschaft wird Journalismus als Beruf (noch) vielseitiger und vielfältiger. Die Digitalisierung eröffnet neue Recherchewege sowie zusätzliche Darstellungs-, Verbreitungs- und Finanzierungsformen. Sie erlaubt die direkte Interaktion mit dem Publikum und erfordert neben der Informations-, Kritik- und Kontrollfunktion auch die journalistische Orientierungsleistung in der wachsenden Informationsflut.

Journalismus sieht sich in der Wahrnehmung seiner Funktionen medienübergreifend zunehmendem wirtschaftlichem Druck ausgesetzt, der sich auf seinen sozialen Status, seine Arbeitsbedingungen und seine Produkte nachteilig auswirkt. Journalistische Arbeit wird durch sinkende Gehälter und Honorare entwertet und durch Personaleinsparungen bei steigendem Aufgabenumfang verdichtet und beschleunigt. Die zunehmende Medienkonzentration schränkt bezahlte Arbeitsmöglichkeiten vor allem im lokalen/regionalen Umfeld ein.

II. Forderungen an die Gesellschaft

1. Vor diesem Hintergrund sind alle, insbesondere Medienunternehmen, Politik und Bildungsinstitutionen, verpflichtet und aufgerufen, ihre Verantwortung für Erhalt und Sicherung des Journalismus wahrzunehmen. Die Bedeutung journalistischer Arbeit und das Ansehen von Journalistinnen und Journalisten müssen ebenso gestärkt werden wie die Bereitschaft des Publikums, für journalistische Qualität zu zahlen.
2. Die Finanzierung des Journalismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ziel ist die Sicherung eines funktionsfähigen und qualifizierten Journalismus' in medialer Vielfalt. Medienkonzentration, veränderte Mediennutzung und erodierende Geschäftsmodelle machen es notwendig, Alternativen zur marktwirtschaftlichen Finanzierung des Journalismus zu entwickeln. Öffentlich-rechtliche Modelle, Public Private Partnership, Crowdfunding, Stiftungen und gemeinnütziger Journalismus können, sofern staatsfern und unabhängig von sachfremden Einflüssen Dritter organisiert, ergänzend dazu beitragen, publizistische Defizite auszugleichen.

III. Forderungen an den Gesetzgeber

1. Meinungsvielfalt ist als Gebot des Grundgesetzes auf der Basis des Medienkonzentrationsrechts zu sichern und auszubauen.
2. Die innere Medienfreiheit muss gesetzlich verankert werden, um die freie, von sachfremden Erwägungen unbeeinflusste Arbeit in den Redaktionen zu sichern und damit z.B. das Trennungsgebot von Redaktion und Werbung zu stützen, das zentrale Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der

Medien hat. Die Gewährleistung des Quellenschutzes, adäquate Auskunfts- und Einsichtsrechte sowie ein die journalistischen Urheber effektiv schützendes Urheberrecht sind weitere wesentliche Aufgaben des Gesetzgebers zur Sicherung der journalistischen Arbeit und Zukunft.

IV. Forderungen an die Medienunternehmer

Angemessene Bezahlung und Arbeitsbedingungen sind Voraussetzungen für Qualitätsjournalismus. Tarifverträge und ein gesetzlich gesichertes Honorarniveau für freie Journalistinnen und Journalisten müssen den fairen materiellen Ausgleich für journalistische Leistung sicherstellen. Frauen und Männer haben Anspruch auf gleiche Bezahlung.

V. Forderungen an Aus- und Weiterbildung

1. Die Aus- und Weiterbildung hat auf Innovationen in der journalistische Arbeit vorzubereiten. Zusätzlich zu den Kernkompetenzen für Journalistinnen und Journalisten müssen verstärkt die Persönlichkeits-, Management- und Technikkompetenz sowie unternehmerische Qualifikationen vermittelt werden.
2. Medienkompetenz ist ein entscheidender Faktor für Informationsgewinnung und Partizipation in der Gesellschaft. Sie kann der wachsenden Wissenskluft entgegenwirken. Die Vermittlung von Medienkompetenz durch Mediennutzung, -kritik, -kunde und -gestaltung muss von der Schule bis zur Hochschule Pflicht werden mit dem Ziel, den aktiven Umgang mit Medien einzuüben, ihre Inhalte kritisch beurteilen zu können, den eigenen Medienkonsum bewusst zu gestalten und die Bedeutung medialer Vielfalt zu erkennen.

VI. Hintergrund

Der Verbandstag 2012 hat eine breite Debatte über Zukunft und Finanzierung des Journalismus sowie eine entsprechende Positionierung des DJV gefordert. Der DJV-Bundesvorstand hat dazu zwei Arbeitsgruppen einberufen, die sich zum einen mit der Zukunft, zum anderen mit der Finanzierung von Journalismus befasst haben. Beide Arbeitsgruppen haben dem Verbandstag 2013 erste Papiere vorgelegt, die auf der Basis der Beratung und Beschlüsse des Verbandstags von den (Fach-)Gremien des DJV auf Bundes- und Landesebene diskutiert und überarbeitet wurden. Die so überarbeiteten, umfangreichen Arbeitspapiere liegen dem Geschäftsbericht des Bundesvorstands als Arbeitsmaterial bei. Es ist Konsens, dass diese Papiere der ständigen Weiterentwicklung bedürfen und von daher keinen abschließenden Charakter haben. Die daraus abgeleiteten Grundpositionen aber sollten vom DJV-Verbandstag als verbindlich verabschiedet werden.